

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Landbote. 1849-1934 1893**

54 (9.5.1893)



Erscheint Dienstag, Donnerstag und Samstag.

Abonnementspreis für hier und auswärts frei in's Haus geliefert nur 1 M 50 P.

## Anzeiger

für den Amtsbezirk Sinsheim und Umgebung.

Einrückungsgebühr für die kleingespartene Zeile oder deren Raum 10 P. Reklamen werden mit 20 P die Zeile berechnet.

Briefe und Gelder frei.

### \*\* Der Reichstag aufgelöst!

So ist denn alle Mühe vergeblich gewesen! Die bessere politische Einsicht ist dem Fraktionsgeist der oppositionellen Parteien unterlegen. Nun steht die Entscheidung den Wählern zu!

Heiß war das Ringen der Parteien im Reichstage; um vieles heftiger wird wohl der jetzt entbrennende Wahlkampf geführt, da zu befürchten ist, daß die Gegner der Militärvorlage kein Mittel unversucht lassen werden, die Masse der Wähler zu sich herüberzuziehen.

Den geschlossenen Reihen der gegnerischen Parteien müssen die Anhänger der Verstärkung und Verjüngung unserer Armee einmütig und mit dem Aufgebot der ganzen Kraft entgegenzutreten, wenn sie erfolgreich aus dem Wahlkampfe hervorgehen sollen.

Es gilt, die Wähler aus den Fesseln einer Parteipolitik zu befreien, die soeben in der deutschen Volksvertretung einen Sieg errungen hat, der nur die Gegner des jungen Reiches mit den Gefühlen aufrichtiger Freude erfüllen kann. Blind gegen die Gefahren, welche die traurige Zerfahrenheit der Volksvertretung gegen des Reiches Sicherheit heraufbeschwört, taub für Belehrung und Ermahnung haben die oppositionellen Parteien die verhängnisvolle Entscheidung gegen die Militärvorlage getroffen, ihr „Nein“ gesprochen. Regungen der Selbständigkeit und Zeichen der besseren Erkenntnis im Lager der freisinnigen und ultramontanen Parteien wurden im Keime erstickt — die Diktatur der Parteiführer hat einen glänzenden Sieg errungen. Was thut solchem „Gewinn“ gegenüber, wenn das Reich von inneren Kämpfen widerhallt!

Auf Heller und Pfennig wurde dem Volke vorgerechnet, was die Verstärkung der Wehrkraft kosten würde. Man machte der Nation bange, daß sie unter den Folgen dieser finanziellen Mehrbelastung zusammenbrechen müsse; doch hütete man sich, davon zu sprechen, was aus dem Reiche und aus dem Volk werden soll, wenn unsere Wehrkraft nicht ausreichen würde gegenüber dem feindlichen Ansturm. Wohl wurde der deutschen Grenzprovinzen und ihres Schicksals im Kriegsfall gedacht und die Erinnerung geweckt an die ersten Tage des großen Krieges, da man in Baden und in der Pfalz mit Bangen der Entscheidung harpte und all' dem setzte die Opposition immer wieder ihr starrs „Nein“ entgegen. Der Hinweis auf die ziffermäßig nachgewiesene Verstärkung der französischen und russischen Heeresmacht, die Thatsache, daß die Belastung des deutschen Volkes für Militärzwecke zurückzieht hinter jener anderer Nationen, die unermüdet den Ausbau ihrer Wehrkraft der Vollendung zuführen, die Befürchtung, daß der Fall der Militärvorlage und das traurige Bild der Zerfahrenheit der Volksvertretung in einer für die Existenz des Reiches entscheidenden Frage den seither nur mühsam zurückgehaltenen Wagemuth unserer Gegner verhängnisvoll entflammen müßte — das alles war wirkungslos und nichts blieb übrig, als das kalte „Nein“ der freisinnigen und ultramontanen Parteien und ihrer politischen Freunde. Wer kann es unseren Gegnern verargen, wenn sie aus der traurigen Entscheidung den Schluß ziehen, daß ein Volk, welches seine mit

Strömen kostbaren Blutes erkämpfte Einheit selbst bedroht, um der Auserlegung neuer Steuern vorzubringen, daß ein Volk, dessen Begeisterung für Macht und Größe an den für deren Erhaltung notwendigen Opfern an Gut und Blut erlahmt, reif sei für den feindlichen Schnitter?!

Die Würfel sind gefallen. Es liegt uns fern, Jenen, welche die unglückliche Entscheidung herbeigeführt haben, einen Mangel an Vaterlandsliebe zum Vorwurf zu machen. Wohl aber darf man sagen, daß ihr „Nein“ das Vaterland vor Gefahren stellt, gegen welche die als Schreckbild vorgeführte Mehrbelastung des Volkes verschwindend klein ist. Die Wähler sind nun berufen, das entscheidende Wort zu sprechen. Des Reiches Würde ist in ihre Hand gegeben. Möchten sie sich dessen im Wahlkampfe bewußt bleiben und das Maß der Verantwortung zu würdigen wissen, welche das Ergebnis der Verhandlungen des Reichstags auf ihre Schultern legt.

### Deutsches Reich.

Karlsruhe, 5. Mai. Staatsminister Dr. Rolf, der seit einiger Zeit erkrankt war, befindet sich auf dem Wege der Besserung. Die Arbeiten erleiden keine Unterbrechung, doch hat der Staatsminister bisher noch das Zimmer hüten müssen.

Berlin, 5. Mai. In Reichstagskreisen waren heute wieder Gerüchte und Hoffnungen verbreitet, daß der Antrag Huene eine Mehrheit finden werde. Man will namentlich vermuten, daß eine beträchtliche Anzahl Deutsch-Freisinniger sich schließlich bewegen finden werde, für den Antrag zu stimmen. Auch im Zentrum sollen jetzt mehr als 8 Mann entschlossen sein, mit Huene zu gehen. Jedenfalls ist die Stimmung heute anders als gestern. Sicherheit wird erst die Abstimmung bringen, die wahrscheinlich am Montag stattfindet.

5. Mai. Einzelne Elsäßer, die gegen die Militärvorlage stimmen wollten, sind schwankend geworden, es wird ihnen und zwar von befreundeter Seite, von Landesgenossen, vorgestelt, daß sie die in ruhigere Bahnen zurückgekehrte Politik ihres engeren Vaterlandes stören würden, wenn sie gegen die Militärvorlage stimmten. Die Depesche eines hiesigen Blattes aus Paris, in welcher es heißt, daß französische Journale sich begeistert über die Opposition der Elsäß-Lothringer gegen die Militärvorlage aussprechen, zirkulierte heute im Reichstage und wurde entsprechend verwertet. Zwei von den Elsäß-Lothringern sind auch thatsächlich zur Abreise bewegt worden.

5. Mai. Augenblicklich wird mit Zustimmung des Reichszanzen ein Antrag vorbereitet, welcher die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit für die Dauer der Präsenzerhöhung ausspricht. Für diesen Antrag werden morgen ungefähr zwanzig Freisinnige stimmen; damit erscheine das Zustandekommen der Vorlage nunmehr gesichert.

6. Mai. Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine kaiserliche Verordnung, welche die Wahlen zum Reichstag auf Donnerstag den 15. Juni ausschreibt.

6. Mai. Den Morgenblättern zufolge hat Prinz Carolath (wildliberal) im Reichstag zum Antrag Huene einen Abänderungsantrag betr. die gesetzliche Festlegung der zweijährigen Dienstzeit eingebracht.

Berlin, 4. Mai. In der heutigen Reichstagsitzung wurde die zweite Beratung der Militärvorlage fortgesetzt. Abg. Richter erklärte, man könne sich auf die Beratung des Antrags Huene beschränken, da diese allein praktisch in Frage komme. Sodann erörterte er die Unterschiede zwischen dem freisinnigen Antrag und dem Antrag Huene. Der Hauptunterschied bestehe in der zu bewilligenden Präsenzstärke des Heeres. Wenn der Reichszanzen gestern verlangt habe, daß man die Autorität der Generalstabs-offiziere als maßgebend betrachte, so erachte er eigentlich die Mitwirkung des Parlaments für überflüssig. Der Antrag Huene erfordere eine Mehrausgabe von 55 Millionen Mark und mit den Ausgaben von Kasernenbauten u. s. w. mindestens 106 Millionen Mark. Eine Beunruhigung im Lande werde nicht, wie Graf Caprivi gestern äußerte, durch die Ungewißheit über das Schicksal der Militärvorlage hervorgerufen, sondern durch die fortwährenden Steuervorlagen, welche lähmend auf den Unternehmungsgeist einwirken müßten. Reichszanzen Graf Caprivi erklärte, das mannhafte Auftreten des Herrn v. Huene in der eigenen Fraktion verdiene Dank. Gegenüber den abfälligen Neußerungen des Abg. Richter sei daran zu erinnern, was der Krieg im eigenen Lande bedeute. Selbst die eigenen Turppen würden dann zur Last. Der Reichszanzen wies ziffermäßig nach, daß Deutschland in Bezug auf die Militärlasten günstiger gestellt sei als andere Staaten. Gegenüber der Behauptung, die Regierung werde die heute gemachten Zugeständnisse bei etwaigen Neuwahlen zurückziehen, erklärte er bündig, der Antrag Huene werde für den Fall einer Reichstagsauflösung Wahlparole der Regierung. Der Abg. Richter habe mit nicht mißzuverstehender Spitze des Jahres 1888 gedacht. Damals aber waren Bismard und Moltke noch im Amte. Sie hatten also Anteil an dem Umschwung. Abg. Richter vermöge nicht mit Achtung einer Familie zu gedenken, die pietätvoll, wie die Hohenzollern, der Ahnen gedenken und nicht mit der Tradition brechen. v. Stumm (Reichsp.) erklärte, das Land werde eine Erhöhung der Militärlasten gerne tragen als Erhöhung der Prämie für die Erhaltung des Friedens. Seine Partei werde für den Antrag Huene stimmen, wenn sie es auch bedauere, daß die Kavallerie nicht vermehrt werde, wie es in der Regierungsvorlage vorgesehen sei. Bebel erinnerte daran, daß seine Partei stets für einen Ausgleich mit Frankreich eingetreten sei. Die breiten Volksmassen seien nicht mehr gewillt, weitere Lasten zu übernehmen. Erzielten die Neuwahlen kein genehmes Resultat, dann werde wohl die Frage des allgemeinen Stimmrechts angeregt werden. Einer solchen Revolution von oben könne leicht eine von unten folgen.

6. Mai. (Reichstag.) Die Wahl des Abg. v. Reden (9 Hannover n.L.) wird mit 188 gegen 167 Stimmen für ungültig erklärt (Es sind also in diesem Augenblick 355 Abg. anwesend. Die Zahl der Abg. ist, da 3 Sitze erledigt sind, 394). — Die Abänderung des Militärpensionsgesetzes wird in 2. und 3. Lesung angenommen. — Es folgt die Fortsetzung der 2. Beratung der Militärvorlage. Wiffen (wildlib) zieht seinen Antrag (jährliche Festsetzung des Etats, die schon besteht) zurück und erklärt sich für den Antrag Huene. — von Haldorf (kons.): Wir dürfen uns freuen, daß in der jetzigen Lage an der Spitze des Reichs ein so sachverständiger Reichszanzen steht. (Sehr gut!) Die fortwährenden Militärforderungen waren die notwendigen Folgen der politischen Verhältnisse. Der Kern der jetzigen Vorlage liegt in der Hebung der Offensivkraft und in der Beschleunigung der Mobilisierung. Wenn die Vorlage angenommen wird, so wird uns Frankreich nicht mehr erreichen können. Die vorhandene ernste Gefahr wird dringend, wenn in Rußland das neue Gewehr fertig ist. Redner wendet sich sodann gegen Lieber und erklärt, der preußische Staatsgedanke allein habe das Reich möglich gemacht. Lieber habe die vom Reichszanzen unpatriotisch genannte Neußerung über die





